

Straßenausbaubeiträge

CDU/Grüne und FDP haben am 09.Mai 2018 eine Beschlussempfehlung zur Straßenbeitragssetzung an den Landtag gesendet, die alles andere als bürgerfreundlich ist.

Die Regierungskoalition lobt sich nun dafür, dass der Bürger die Straßenbeiträge zukünftig in 20 Jahren statt in 5 Jahren abbezahlen darf.

Sie verkünden, dass eine Zinssenkung die Last des Bürgers schmälert, aber ohne den Wert der Senkung zu nennen.

Es bleibt somit alles wie es war, nur dass man zukünftig in 20-jährigen Abständen von einer Verschuldung in die nächste geht, denn nach 20 Jahren ist die Straße wieder kaputt.

Das macht die AfD nicht mit und fordert die sofortige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die Finanzierung der Straßenerhaltung wäre mit einem Verkehrsausgleich für die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs nach dem Vorbild Baden-Württembergs möglich. Hessen zahlt im Länderfinanzausgleich 2,5 Milliarden Euro, davon geht ein großer Teil in das straßenbeitragsfreie Berlin. Der Zustand, dass die hessische Regierung die notwendigen ca.50 Millionen Euro für den kommunalen Straßenerhalt in Hessen nicht aufwendet, ist nicht nachvollziehbar.

Wenn Sie die Straßenbeiträge nicht mehr zahlen wollen, dann geben Sie mir Ihre Erststimme und der AfD die Zweitstimme. #LTWHE2018 #NurdieAfD

**Keine
Straßenbeiträge
in Hessen!**

**Keine
weitere Belastung
der Bürger!**

Landtagskandidat
Listenplatz 8
Direktkandidat Gießen I

Arno Enners | AfD